

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

21.1.1925 (No. 17)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:  
Karl Friedrich  
Straße Nr. 14  
Telefon:  
Nr. 958  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 2515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. C. D.  
Karlsruhe

Wegzugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Goldmark. — Einschmutter 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherem Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

### \* Das Kabinett Luther und die Parteien

Man kann nicht sagen, daß die vorsichtige Regierungserklärung des Reichskanzlers bei den Parteien eine gute Aufnahme gefunden hätte. Denn auch die deutschnationale Presse ist nicht entzückt von ihr. Was die nicht in der Regierung vertretenen Parteien anlangt, so haben die Sozialdemokraten die Tatsache, daß die Erklärung als solche zu oppositioneller Kritik kaum Anlaß bietet, geflissentlich ignoriert und sich nachwievor allein daran gehalten, daß das Kabinett Luther seiner parteipolitischen Zusammenfassung nach ein Rechtskabinett ist, und daß die Deutschnationalen in ihm bedeutsamen Einfluß haben. Man meint auf Seiten der Sozialdemokratie, daß man den Erklärungen Dr. Luthers nicht trauen dürfe, und daß die Deutschnationalen nur einstweilen das Samtpfötchen zeigten, um später die Krallen um so kräftiger vorstrecken zu können. Übrigens neigt auch die überzeugte demokratische Presse dieser Auffassung zu. (Der Sprecher der demokratischen Fraktion wird erst heute zu Wort kommen.)

Das Mißtrauen der Sozialdemokraten, der Demokraten und auch des Zentrums gegenüber einem mit deutschnationalen Ministerposten ausgestatteten Kabinett ist jedenfalls so groß, daß es sich durch die an sich zweifellos kluge Erklärung Dr. Luthers nicht hat beirren lassen. Auch die Tatsache, daß die Deutschnationalen der Erklärung zugestimmt haben, wird als wohlüberlegte Taktik bezeichnet, die den Zweck verfolgte, der Öffentlichkeit im Inland wie im Ausland Sand in die Augen zu streuen, die wahren Ziele schamhaft zu verbergen, um hernach, wenn die Position der Deutschnationalen eine festere geworden ist, diese im reaktionären Sinne auszunützen zu können.

Und der Zwischenruf des deutschnationalen Abgeordneten Schlangel ist allerdings nur zu geeignet, jenes Mißtrauen wach zu halten. (Als der sozialdemokratische Redner Dr. Breitscheid sagte, die Regierung Luthers sei nur eine Etappe auf dem Wege zur Monarchie, rief der genannte Abgeordnete „Gottseidank!“). Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, daß dem Gros der deutschnationalen Fraktion, nach dem Verhalten zahlreicher Mitglieder zu schließen, dieser Zwischenruf sehr peinlich war. Immerhin erhielt durch diesen Zwischenruf, der von den republikanischen Parteien als ein Kliffen der Maske aufgefaßt werden mußte, die Oppositionsansage Breitscheids an das Kabinett noch nachträglich eine Art Begründung.

Die ganzen Vorgänge in Berlin zeigen, daß die Frage der Mitarbeit der Deutschnationalen am republikanischen Staat der Brennpunkt der Situation ist, und daß gerade diese Frage mit allen ihren Konsequenzen es ist, welche unsere innerpolitischen Zustände in so beklagenswerter Weise verwirrt. Ganz objektiv betrachtet, lassen sich natürlich die beiden Meinungen, die zu dieser Frage geäußert werden, verteidigen, die eine, daß man unter allen Umständen eine so große Partei, wie die Deutschnationalen, und die hinter ihr stehenden Schichten des Volkes nicht dauernd ausschließen könne, und die andere, daß den Deutschnationalen eine wirkliche Besserung doch nicht zuzutrauen sei, und daß also ihre ganze Tatkraft, wo sie maßvoll scheine, in Wirklichkeit doch immer nur auf die Erreichung reaktionärer Ziele angelegt sei. Die Vertreter dieser zweiten Auffassung können vom Standpunkt eines solchen Mißtrauens aus wohl nichts anderes tun, als einem Kabinett, in dem die Deutschnationalen Einfluß haben, Opposition zu bereiten. Zumal dann, wenn es einer Regierungserklärung, wie der vorgelegten, nicht gelingt, dieses Mißtrauen zu zerstreuen.

Wir sind der Ansicht, daß es für die republikanischen Parteien wohl das Beste ist, die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Erweist sich das Kabinett als unberechtig, so wird man daraus die Konsequenzen zu ziehen haben. Beweisen die Taten des Kabinetts aber, daß das Mißtrauen begründet war, so besteht unseres Erachtens durchaus die Möglichkeit, eine faktische Gefährdung der Republik zu verhüten.

Das Zentrum hat sich offenbar für eine solche Politik des Abwartens entschieden. Daß das Zentrum ein Deutlichwerden reaktionärer Bestrebungen mit einer Abgabe an das Kabinett beantworten wird, darf wohl ohne weiteres angenommen werden. Und das werden die Vertreter der übrigen Parteien im Kabinett auch

wissen. Wenn also die Vertreter der Deutschnationalen im Kabinett ein unehrliches Spiel treiben wollen, dann müssen sie es schon mit einer so diabolischen Schlauheit anfangen, daß auch die Wachsamkeit etwa eines Dr. Wirth eingeschläfert wird.

\*  
Kurze Berichtigung: Im gestrigen Leitartikel mußte es heißen: **Konstante Toleranz** gegenüber dem Kabinett, nicht abweichende Toleranz.

### Die Aussprache im Reichstag

Im Reichstag begann am Dienstag die Aussprache über die Regierungserklärung des Kabinetts Luther, die heute mittag fortgesetzt wird. Es sprachen der Sozialdemokrat Breitscheid, der Deutschnationale Graf Westarp, der Zentrumsbredner Lehrenbach, der Volksparteiler Scholz und schließlich die Kommunisten Gohle (Rath Fischer).

W.D.W. Berlin, 20. Jan.  
Beginn 12 Uhr mittags. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der ersten Beratung der Reichshaushaltspläne für 1924/25.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Dieses Regierungsprogramm bietet an sich wenig Angriffspunkte, aber man kann es nicht betrachten losgelöst von der Entstehungsgeschichte dieser Regierung und von den Persönlichkeiten. Ein solches Programm der mittleren Linie hätte auch Herr Marx verkünden können. Dieses Kabinett ist entstanden aus dem Streben der Deutschen Volkspartei nach dem Bürgerbund. Die Demokraten haben mit anerkannter Konsequenz den Bürgerbund abgelehnt, während die Politik des Zentrums sich in der letzten Zeit nicht gerade durch Geduldigkeit, sondern nur durch Duldsamkeit auszeichnete. An dieser Haltung des Zentrums scheiterte unser Vorschlag der Wiederbestellung der Weimarer Koalition. Es ist keine Tugend, wenn eine republikanische Partei duldsamer neben zweifelhaften Monarchisten sitzen (Sehr gut links). Wir fragen den Außenminister, ob es richtig ist, daß ein Kompromiß in der Räumungsfrage vorgezogen war. Wir fragen, ob man nicht durch Verhandlungen etwas hätte erreichen können? Dr. Stresemann scheint aber in der letzten Zeit so stark mit innerpolitischen Parteiproblemen beschäftigt gewesen zu sein, daß er darüber sein eigentliches Meßor vernachlässigt hat (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten). Wir Sozialdemokraten bedauern die Fortsetzung der Besetzung und die Art, wie sie versucht wurde, ohne daß uns die Verfehlungen in einzelnen mitgeteilt wurden. Wir warten die offizielle Note ab. Andererseits darf man aber nicht von vorn herein alle Beschlüsse der Alliierten für unbegründet erklären (Unruhe rechts). Tatsächlich ist der Entschluß ein Vorwand für ihr vertragswidriges Vorgehen geliefert worden durch den kindischen Aufzug, der mit den Zeitfreiwilligen bei der Reichswehr betrieben wurde. Das durfte der Reichswehrminister nicht dulden (Unruhe rechts). Abg. Henning (N.S.) ruft: Krieges Sie diese Rede von Frankreich bezahlt? Abg. Dr. Breitscheid ruft gegen den Abg. Henning: Sie Lump! Viele sozialdemokratische Abgeordnete rufen Henning dasselbe zu.

Auf eine Frage des Präsidenten Loebke bekennt sich Abg. Henning zu seiner Frage. Er erhält dafür einen Ordnungsruf. Auf Verlangen erhält auch Dr. Breitscheid einen Ordnungsruf. Dr. Breitscheid warnt dann dringend vor einem Zollkrieg mit Frankreich; er würde das Kabinett Herriot gefährden. Wir wünschen volle Auflösung der jüngsten Finanzstände. Der große Apparat, der im Falle Darmat aufgebaut wurde, in Verbindung mit der eigenartigen Information der Presse erweckt den Anschein, als ob man hier die Republik kompromittieren wollte, wie man mit dem ganz unmöglichen Magdeburger Urteil den Reichspräsidenten herabsetzen wollte. Wenn Mitglieder unserer Partei irgend etwas nachgewiesen werden kann, so werden wir unser Haus reinzuhalten wissen. Sie aber (nach rechts) sollten gefälligst vor Ihrer eigenen Zülfahren. Wir brauchen nur an die Stände aus der Kaiserzeit erinnern, die Kaiser einst arzigedekt hat.

Dr. Luther verlangt von uns, wir sollten ihm glauben, daß sein Kabinett für die Führung der Kaufkraft der dritten Massen wirken will. Er denkt wie sein großer Namensvetter an die Seligkeit durch gute Werke (Heiterkeit). Wir können zu diesem Kabinett nicht das Vertrauen haben, daß es die gegebenen Versprechungen einlöst. In dieser Regierung sieht Dr. Gehler, der Wehrminister von Ewigkeit zu Ewigkeit (Heiterkeit und Beifall). Neben diesem nicht ganz zweifellosen Republikaner gibt es ganz zweifellose Monarchisten wie Schiele, von Schlieben und Dr. Neuhaus. Dr. Neuhaus hat jetzt als Minister den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet, den der einst als Staatssekretär verweigert hat. Das ist ihm eine Weise wert, ihm ist es ein Eid auf die Republik wert, wenn er in eine Regierung eintreten kann, die zu betrachten ist als eine Etappe auf dem Wege zur Monarchie! Zurufe rechts: Gott sei Dank! Große Bewegung links und Aufse: Jetzt haben sie sich verraten! Dieser Ruf ist allerdings die beste Charakteristik des Kabinetts Luther. Wir werden diesem ausgesprochenen Rechtskabinett in schärfster Opposition gegenüberstehen und werden gemeinsam mit den arbeitenden Massen außerhalb des Parlaments alle Kräfte aufbieten, um es durch eine republikanische Regierung zu ersetzen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten).

Präsident Loebke teilt mit, daß von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen

Volkspartei und der Wirtschaftspartei ein Antrag eingegangen sei: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.“ — Von den Sozialdemokraten und Kommunisten sind Anträge eingegangen, in denen der Regierung das Mißtrauen des Reichstags ausgesprochen wird. Der Antrag der Kommunisten hat folgenden Wortlaut: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags, dessen sie nach Artikel 64 der Reichsverfassung bedarf.

Abg. Graf Westarp (Dt. Nat.) erklärt sich bereit, den Antrag auf Billigung der Regierungserklärung anzunehmen. Das Ergebnis der neuen Regierungsbildung befriedigt und nicht vollkommen. Es ist ein Anfang, ein erster Schritt. Der jetzige Anteil an der Regierung entspricht nicht der Tatsache, daß wir die weitaus stärkste Regierungspartei sind (Lachen links), wir hätten ein direktes Vertrauensvotum gewünscht im Einklang mit dem Reichskanzler und der deutschen Volkspartei. Leider hat sich das Zentrum diesem Gedanken verweigert. Wenn damit durchaus eine losere Verbindung zum Ausdruck gebracht werden soll, so nehmen wir das gleiche Recht für uns in Anspruch, nicht voll gebunden und verantwortlich zu sein (Aburufe links). Politisch legen wir den entscheidendsten Wert darauf, daß auch die anderen Parteien ebenso wie wir die Annahme der Billigungsformel in voller Geschlossenheit aussprechen (Hört, hört). Der Redner erklärt, daß sein Vertrauen in die Haltbarkeit und Brauchbarkeit dieses Regierungszusammenschlusses im Reich wesentlich davon abhängig sein wird, ob das Zentrum in Preußen an dem Bündnis mit Braun und Severing festhalten will (Bewegung und lebhaftes Unruhe). Auch sachlich bedeutet eine sozialistische Regierungsgewalt in Preußen schwerste Hemmnisse für die von der neuen Regierung beabsichtigte sachliche Arbeit im Reich. (Großer Lärm links, Beifall rechts). Nur der Umstand, daß die deutsche Volkspartei in Preußen Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen steht, hat es diesen überhaupt ermöglicht, am Kabinett Luther teilzunehmen. Kein Politiker zweifelt daran, daß nach der Aufhebung des Korruptionsimpfes eine Neuwahl für die Linke endgültig vernünftig sein würde (Lebhafte Widerrufe bei den Sozialdemokraten). Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl wird diese Voraussage bestätigen. Zu den Aufgaben des Innenministers gehöre besonders die bessere Beachtung des föderalistischen Rechts der Bundesstaaten und die Befreiung und Förderung der vaterländischen Bewegung. (Lebhafte Aburufe links). Bei den finanziellen und sozialpolitischen Aufgaben sei Vorsicht am Platze, um nicht erneut die Krise einer Kreditinflation herbeizuführen. Ohne Festigung der ganzen Volkswirtschaft und ohne Beseitigung der Fehlbeträge in der Handels-, Zahlungs- und Binnenwirtschaftsbilanz seien gesunde Verhältnisse nicht zu schaffen. Der Redner zitiert dann die Aufgaben des neuen Kabinetts: Eine gesunde Agrar- und Mittelstandspolitik, Schaffung einer Steuerreform usw. Der Redner kritisierte dann die bisherigen Handelsvertragsverhandlungen, in die man mit völliger Planlosigkeit hineingelassen sei. Der Redner fordert, daß der innere Markt nach Wismarschem Muster durch Schutz- und Ausgleichszölle gesichert wird. Die Latten des Londoner Abkommens bezeichnet der Redner als unerfüllbar und untragbar. Die Regierung müsse die notwendigen Änderungen durchsetzen. Die Nichträumung der Kölner Zone sei ein Mißfall in die Sanktionspolitik. Ein Aufnahmeartrag in den Völkerverbund darf keine Wiederholung des Schuldbekennnisses bringen. Für die amtliche Wiederrufung der Kriegsschuldfrage würden die Deutschnationalen allen Einfluß einsehen. Selbstverständlich müsse keine Änderung durch Gewalt beabsichtigt. Aus der Regierungserklärung sei zu schließen, daß eine Nachprüfung mit dem Ziel der inneren Gesundung erfolgen solle. Dabei müsse besonders das Eigenleben der Länder beachtet werden. Der Redner fordert einen festen nationalen Willen, der darauf gerichtet ist, Nation und Reich von Schmach und Knechtschaft zu befreien (Lebhafte Beifall).

Präsident Loebke ruft den Abg. Graf Westarp (Dt. Nat.) nachträglich zur Ordnung, weil er auf einen Jurat des Abgeordneten Dittmann (Soz.), der sich auf Helfferich bezog, mit einem scharfen Ausdruck erwidert hatte. Wegen gegenseitiger Zurufe zwischen den Abg. Graf Westarp und Abg. Kubat (Soz.) werden beide nochmals zur Ordnung gerufen.

Abg. Lehrenbach (Zentr.) verliest eine längere Erklärung der Zentrumsfraktion, in der es heißt: Aus Gründen, die wir nicht zu verantworten haben, sind die beiden Möglichkeiten einer starken und ausgeglichene Regierungskoalition vorerst zunichte geworden. Unter diesen Umständen mußte die Fraktion versuchen, die von ihr als richtig erkannte Politik auch im Rahmen einer Minderheitsregierung zu verwirklichen. Im Gefolge der Auflösung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei sind aber alle Bemühungen des Reichskanzlers Marx an Widerständen gescheitert, an denen das Zentrum keinen Anteil hat. Angesichts der Gefahr einer längeren Hinauszögerung der Krise hat die Fraktion aus staatspolitischen Erwägungen heraus sich den opfervollen Entschluß abgerungen, unter Vorbehalt aufmerkamer Prüfung der künftigen Politik und unter Ablehnung jeder fraktionellen Gebundenheit in eine persönliche und beschränkte Beteiligung des neuen Kabinetts einzuwilligen. Die Fraktion tritt in diese neue Regierungsperiode ein mit ersten Sorgen für die Weitergestaltung der Geschichte Deutschlands. Diese Sorge wird vermehrt durch die ernste außenpolitische Lage, die wir nun mit der neuen, noch nicht erprobten Regierung übernehmen müssen. Die Fraktion erwartet, daß der neue Reichskanzler gewillt ist, die Folgerichtigkeit des bisherigen außenpolitischen Kurses zu beachten und einzuhalten. Sie gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die realpolitische Einsicht des neuen Kanzlers sich durch keine Kräftegruppe seines Kabinetts nach einer Richtung abtrennen lassen wird, in der wir ihm sachlich nicht mehr zu folgen vermöchten. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch für unsere Voraussagen verfassungsrechtlicher, wirtschafts- und sozialpo-

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 21. Januar.

Infolge einer Sitzung des Haushaltsausschusses zieht sich der Beginn der 8. Plenarsitzung bis gegen 11 Uhr hin. Auf eine deutschnationale Kurze Anfrage, betr. die Bekämpfung des Wädchenhandels

und Aufhebung der Bordelle, wird regierungsfällig auf die Organisation zur Bekämpfung des Wädchenhandels verwiesen und erklärt, daß die Frage der Aufhebung der Bordelle zurzeit der Bearbeitung der zuständigen Reichsbehörden unterliege, im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Es folgt die Formide Anfrage des Landbundes, betreffend den Handelsvertrag mit Spanien.

Staatssekretär Dr. Gelpach erklärt, daß die badischen Bevollmächtigten im Reichsrat feinerzeit instruiert wurden, sich der Stimme zu enthalten, da einerseits die Zollfrage zu niedrig erachtet wurden, und andererseits eine Ablehnung des Handelsvertrags im Hinblick auf die Deutschland auferlegten ungeheueren Lasten nicht verantwortet werden konnte.

In der Befragung der Anfrage nimmt zunächst Abg. Klaber (Landbund) das Wort. Er befürchtet eine schwere Schädigung, wenn nicht gar Vernichtung des deutschen und speziell badischen Weinbaues durch die ausländische Konkurrenz. Ähnlich lägen die Verhältnisse hinsichtlich der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Abg. Gnachardt (Zentr.) spricht von trüben Aussichten des badischen Weinbaues, der seinem Ruin entgegengehe, wenn ihm der genügende Schutz weiterhin verweigert werde. In manchen Gegenden, so in der Ortenau, sei das Weingeschäft durch die massenhafte Einfuhr ausländischen Weines bereits ins Stoen geraten. Die badische Regierung möge in Berlin ihren ganzen Einfluß aufbieten, damit dem ehrfamen Wingerlande noch etwas Lebensfähigkeit bewahrt wird.

Abg. Gahrmehl (D.) findet es begreiflich, daß sich die deutsche Landwirtschaft um ihre Interessen wehrt; aber unverständlich sei ihm, daß die Sache so hingestellt wird, als ob die Landwirtschaft der allein ausschlaggebende Faktor bei den Handelsverträgen sei. Man dürfe auch die vitalen Interessen der Industrie nicht außer acht lassen, die das Rückgrat der gesamten Wirtschaft darstellen. Jedes Abkommen habe zwei Seiten. Die Regierung tat gut daran, den deutsch-spanischen Handelsvertrag nicht glattweg abzulehnen. Die Verhandlungen müßten allerdings mit Vorsicht und Klugheit geführt werden.

Abg. Graf (Soz.) führt aus, beim deutsch-spanischen Handelsvertrag stände die Erziehung von Hunderttausenden deutschen Arbeitern auf dem Spiele. Würde er abgelehnt, so würde z. B. die Forstheimers Schmelzindustrie empfindlich zurückgeworfen. Wie schon der Vorredner bemerkt habe, werde man die deutschen und badischen Weine darum nicht verschmähen, weil nun spanische Weine zur Verfügung stehen. Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Regierung dem Handelsvertrag zustimmte.

Abg. Schmidt-Bretten (D.) ist der Auffassung, daß im deutsch-spanischen Handelsvertrag die Interessen nicht ausgeglichen seien.

Abg. Schill (Zentr.) lenkt den Blick auf die Unmöglichkeit der Winger, ihren Verpflichtungen, auch den steuerlichen, nachzukommen. Der Redner empfiehlt einen Antrag auf Ermäßigung der Reichssteuer und Umsatzsteuer, sobald der Handelsvertrag ratifiziert sei.

Abg. Fischer-Reichheim (Landbund) meint, die badischen Vertreter hätten nach dem Willen der Landtagsmehrheit mit einem Nein stimmen sollen. Man müsse die Landwirtschaft schützen, wenn sie arbeiten und zahlen soll.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Gähler (Komm.) erklärt Innenminister Memmel:

Wir haben durchaus im Sinne des Antrages vom 23. Juli v. J. gehandelt. Die Reichsregierung hat in der Tat die Notlage des deutschen Weinbaues bei den Verhandlungen geltend gemacht. Der Vertragsabschluss wurde verzögert, weil über die Festsetzung der Weinzölle keine Verständigung zu erzielen war. Wegen der Weinzollfrage aber den Vertrag scheitern zu lassen, ging nicht an, nachdem uns Handel und Industrie vorgeredet haben, in welcher Höhe sie an dem Export nach Spanien interessiert sind. Dieser Sachlage konnte sich auch die badische Regierung nicht verschließen; sie sieht in dem Vertrag das kleinere Übel.

Abg. Duffner (Zentr.) betont gleichfalls die Wichtigkeit des Vertragsabschlusses für die arbeitende Bevölkerung. Im gegenteiligen Falle wären die Folgen nicht abzusehen. Hier handle es sich um Belange von allgemeiner volkswirtschaftlicher Art.

Abg. Schmidt-Bretten (D.) begründet einen Antrag, wonach für den Fall der Ratifizierung des Handelsvertrages die Umsatzsteuer für Wein nicht mehr erhoben und eine Neueinschätzung der Weinberge vorgenommen wird.

Mit nochmaliger Darlegung des Regierungsstandpunktes durch den Minister ist die Debatte beendet. Die Anträge Schill und Schmidt-Bretten werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung nachmittags halb 8 Uhr. Schluß 1 Uhr.

### Tagung des Bad. Evang. Pfarrvereins

Der evang. Pfarrverein und der Vorstand der Sterbelfasse evangelischer Geistlicher Wadens hatten auf den 19. Januar ihre Hauptversammlung in das Gemeindehaus der St. Michaelskirche in Karlsruhe eingeladen. Kirchenrat Pfarrer a. D. Schmittbrenner, der über 20 Jahre als Direktor die Sterbelfasse geleitet hatte, mußte infolge der Inflationzeit den Antrag stellen, die alte 70 Jahre bestehende Sterbelfasse aufzulösen und nach vereinbarten Grundsätzen ihre Genossenschaft in den Pfarrverein aufgehen zu lassen. Dadurch wird es möglich, ihren alten Mitgliedern einen Teil der Hilfe zu spenden. Unter herzlichem Dank an den Leiter der Sterbelfasse, Kirchenrat Schmittbrenner, und ihren langjährigen Redner, Pfarrer Ludvig in Dinglingen, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die vom Vorsitzenden Stadtpfarrer Kerner-Karlsruhe geleitete Hauptversammlung des Pfarrvereins war von gegen 100 Mitgliedern besucht; alle Kirchengebiete waren durch ihre Vertrauensmänner vertreten. Einstimmig wurde die Übernahme der Sterbelfasse beschlossen. Ebenso wurden die vom Vorstand ausgearbeiteten neuen Satzungen der Kranken- und Sterbelfasse einstimmig gutgeheißen.

### Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Februar noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, da mit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

litischer, sowie kulturpolitischer Arbeit. Die Erklärung betont dann die Förderung, dem Christentum als überlegenden Kulturfaktor den gebührenden Einfluß einzuräumen. Die Fraktion lege den größten Wert auf die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes und die Aufrechterhaltung des Bekennnisschulwesens.

Abg. Dr. Scholz (Dt. Rp.): Wir begrüßen das neue Kabinett, nämlich deswegen, weil unser Volk einmal eine verantwortliche Regierung braucht (lebhaftes Rufen links: Sie sind ja der Schuldige an den Krisen), dann aber auch, weil dieses Kabinett sich im Gegensatz zu dem vorhergegangenen unter dem auch von uns hochverehrten Kanzler Marx auf eine starke und sichere Mehrheit stützen kann (Lachen links). In der Außenpolitik wünschen wir die Fortsetzung des von Dr. Stresemann so erfolgreich eingeleiteten Kurzes. Wir erheben den schärfsten Protest gegen den Vertragsbruch, den die Nichträumung der Kölner Zone zweifellos darstellt. Dem Eintritt in den Völkerbund stehen wir nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, aber wir billigen es auch, wenn die Regierung den Zeitpunkt dazu noch nicht für gekommen erachtet. Wir beantragen die Einsetzung eines Ausschusses zur Nachprüfung der Weimarer Verfassung, besonders in bezug auf das Verhältnis des Reiches zu den Ländern und Gemeinden. Notwendig ist eine Reform des Wahlrechts, in erster Linie eine Heraushebung des Wahlalters (Beifall rechts). In der Aufwertungsfrage wünschen wir die baldige Aufnahme des Zinsendienstes für die öffentlichen Anleihen unter Ausschluß der Inflations- und Aufwertungsgegewinnler, ferner eine angemessene Erhöhung der Aufwertungsrate über die dritte Steuernotverordnung hinaus. Wir erwarten von der neuen Regierung eine gesunde nationale Realpolitik. Wir wenden uns gegen das so oft mißbrauchte Wort vom Bürgerbund. Wir kennen keine Gegensätze zwischen Bürgerium und Arbeiterchaft, wir kennen nur Deutsche.

Abg. Frau Golle (Nuth Fischer, Komm.): Die heutige Erklärung des Kabinetts Bestarp war wenigstens ein offenes Bekenntnis zur Monarchie, während Herr Lüther gestern vergeblich die Tatsache verschleiern wollte, daß sein Kabinett tatsächlich von den Deutschnationalen beherrscht wird. Die Sozialdemokraten spielen Komödie mit ihrer Opposition, Komödie waren auch die nationalistischen Lebensarien Bestarps. Die Rednerin bekämpft dann den Pazifismus und den Völkerbund. Sie erwartet Rettung nur vom Klassenkampf der roten Front des Proletariats. Als die Rednerin von der Buchhausrepublik spricht, wird sie zur Ordnung gerufen.

Die Besprechung wird hierauf unterbrochen. — Ohne Debatte wird dann in allen drei Lesungen der Gesetzentwurf über das Reichsschiedsamt für Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankentassen angenommen.

Am halb 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr nachmittags: Fortsetzung der politischen Aussprache.

## Politische Neuigkeiten

### Die Durchführung des Dawesplans

Die Reparationskommission nahm Dienstag abends in Paris den Bericht des Agenten für die Reparationszahlungen Gilbert Parker über die bisherigen Ergebnisse entgegen.

Der Bericht bezieht sich für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1924 die Einnahmen auf 286,3, die Ausgaben auf 280,3 Millionen, so daß am 1. Januar 1925 ein disponibler Saldo von rund 6 Millionen vorhanden war. Gilbert hob hervor, daß der Verkehr mit den zuständigen deutschen Behörden und Verwaltungsorganen sich in sehr befriedigender und langjähriger Weise abgewickelt habe. Die bisher zur Ausschüttung gelangten 280,5 Millionen verteilten sich auf die einzelnen Gläubigerländer wie folgt: Frankreich hat 113,6 Millionen Goldmark erhalten, davon 26,6 in Anrechnung auf gelieferte Reparationsstoffe, 18,8 in Anrechnung auf deren Transportskosten, 14,6 für militärische Befestigungskosten, 27,2 als Gegenwert für Requisitionen und Schaden-ersatzleistungen und 11,3 Millionen in Form von Sachleistungen aus dem Ruhrgebiet. An Zinsen wurden 23,5 Millionen ausgeschüttet, England hat eine Einnahme von 65,8 Millionen zu verzeichnen, davon 51,5 Millionen Voreinnahmen aus dem Recovery Act; Belgien hat 29,6 Millionen erhalten. Die Einnahmen aus dem französischen Recovery Act haben nur den verhältnismäßig niedrigen Betrag von 1,9 Millionen ergeben.

Über die deutsche Reichsbahngesellschaft heißt es, der Betrieb auf dem 410 000 Kilometer großen deutschen Streckennetz werde bereits überschüssig ab, so daß, wenn nicht Unvorhergesehenes eintrete, die von der Bahngesellschaft am 1. März auszubringende erste Zinsrate bereits als gesichert gelten könne. Die Industriebank, die mit der Ausgabe der 5 Milliarden Industriebonds betraut sei, werde am 28. Februar von der Gesamtheit der deutschen Unternehmungen mit einem Betriebskapital von mehr als 50 000 Mark

### Badisches Landestheater

Auch als Mittel der Aida-Partitur hatte Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner-Kürnbach einen großen Erfolg. Man konnte in ihm fast einen Verdi-Spezialisten sehen, wenn die treffliche Wiedergabe sein ausschließliches Verdienst gewesen wäre und wenn nicht schon des öfteren mit ungefähre gleich bemerkenswerten Spürhähnen diese an genialen Einzelheiten so überreiche Oper hier erklingen wäre. Dennoch ist hervorzuheben, daß F. Wagner sich als ein wirklicher Beherrscher des echt italienischen Divo erwies und in manchen melodiegerechten Szenen doch noch verborgene dramatische Wirkungen erzielte. Vielfach schien überhaupt der italienische Grundtyp seiner bajuwatrischen Urwüchsigkeit und seinem rasigen Temperament sehr nahe zu liegen. Wie er etwa mit den zentnerwichtigen Hochaltarwerken Fangball spielte oder einzelne Stimmen mit präzisem Schwung aufwirbeln ließ, das war — nach wohl einer einzigen Fidelio solche jüdische Gut und solch üppiger Farbenrausch! Sichtlich ist derartig doppelseitige Reproduktionsfähigkeit nicht sehr häufig oder gar alltäglich. Als Gradmesser von Wagners Führerkraft verdient sie unbedingt Beachtung und verspricht für die künftige Konstellation gutes; wie man es seinem und der Empfangenden Interesse nur wünschen kann.

Daß wir zurzeit nicht an einem Überangebot guter Opernsopranen leiden und deshalb allen Anlaß haben, ausgeglichene Kräfte wenn irgend möglich feizuhalten, das bewies in der gleichen Aida-Aufführung das Gastspiel von Alice Orff-Soldner (Mainz). Bei leidlicher stimmlicher und musikalischer Beanlagung war ihre Aida Durchschnittsleistung und schwer zu entscheiden, warum die Sängerin gerade zu dieser Partie sich verpflichten ließ, die eine Kanonkoll, dunkle und schlackenlose Stimme verlangt. In der Höhe vertrat das Organ allerdings noch Kraft, auch technisches Vermögen scheint vorhanden, dagegen verlagern Mittelagen und Tiefe so vollkommen, daß man betraue von einem ausgedienten Sopran zu reden geneigt ist. Mag sein, daß Indisposition die Bewerberin behinderte, dann wäre vor der definitiven Entscheidung ein

Obligationen in Höhe von 17 Mill. des Kapitals erhalten. Die sogenannten verpfändeten Einnahmen des deutschen Budgets liefern bereits durch die Hände des dafür bestellten Kontrollen, werden von diesem jedoch, da sie in den ersten Jahren nicht zu den Reparationszahlungen herangezogen werden, sofort zur Verfügung der deutschen Regierung an die Reichsbank überwiesen.

Der amerikanische Beobachter bei der Reparationskommission, Logan, reist, wie aus Paris gemeldet wird, in diesen Tagen für kurze Zeit nach den Vereinigten Staaten.

### Die Berliner Finanzaffären

In der Barmaffäre fand am Dienstag im Neuen Berliner Kriminalgericht eine Konferenz der Gläubiger statt. Vertreter waren das Reichspostministerium, die anderen Gläubiger, sowie die drei verhafteten Brüder Barma und der Untersuchungsrichter. In einem notariellen Vertrag erklärten die Brüder Barma bereit, ihr gesamtes im In- und Auslande befindliches Vermögen der zu gründenden Treuhandgesellschaft zu übereignen. Es soll eine gleichmäßige Befriedigung sämtlicher Gläubiger versucht werden, und zu diesem Zweck ist beabsichtigt, gewisse unrentable Betriebe des BarmaKonzerns abzugeben, andere dagegen neu zu organisieren und unbedingt weiter zu führen. In der Spitze des Verwaltungsrates der Treuhandgesellschaft steht Rechtsanwalt Kohler, der Rechtsbeistand des Reichspostministeriums.

Wie die „B. Z. a. M.“ erfährt, ist der bisherige Reichspostminister Dr. Gölle anläßlich der im Wege der Kreditgewährung aus Reichspostgeldern an den Barma- und Michaelson-Konzern gemachten Vorkäufe eingehend von der Staatsanwaltschaft vernommen worden. In der Vernehmung, die mehrere Tage währte, vertat Gölle energisch den Standpunkt, daß seine Tätigkeit in dieser Angelegenheit eine Verletzung der Gesetze nicht darstelle, da die Anleihebewegung durchaus im Rahmen der bestehenden Vorschriften erfolgt sei. Minister Gölle hat seine Wohnung für eine Durchsuchung durch die Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. Die Hausdurchsuchung, die auch auf das Reichspostministerium ausgedehnt wurde, ist am Montag von der Staatsanwaltschaft vorgenommen worden.

### Kurze Nachrichten

Ein Todesurteil gegen einen Toten. Zu der Nachricht über die Beurteilung des Majors Deime, der vom belgischen Kriegsgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, veröffentlicht der Berliner „Lokalanzeiger“ eine Zuschrift des ältesten Sohnes des Majors, in der dieser mitteilt, daß sein Vater bei Kriegsausbruch Kommandeur des Reserve-Infanteriereg. Nr. 108 wurde und am 2. Nov. 1914 vor Ypern gefallen ist. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof von Eisenach.

Im medlenburger Landtag wurde nach Meldungen aus Schwerin zum 1. Vorsitzenden der Abg. Mettershausen (Zent.) und zum 2. Vorsitzenden der Abg. Schröder (Soz.) wiedergewählt.

Der Zugang Ostpreußens zur Weichsel. Der Reichspostminister hat die endgültige Zuteilung des rechten Weichselufers an Polen ausgesprochen, nachdem Polen bereits seit längerem im Besitz dieses Landstriches ist. Dadurch ist Ostpreußen vom Zugang zur Weichsel abgeschnitten. In Ostpreußen fanden deshalb eine Reihe von Protestversammlungen statt.

Kücktritt des luxemburgischen Ministeriums. Aus Luxemburg wird gemeldet: Da die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die luxemburgische Eisenbahnkonvention mit Belgien Stimmengleichheit ergab, trat das Ministerium Resner, das seit April 1920 im Amte ist, zurück. Damit werden neue Verhandlungen über die Eisenbahnkonvention nötig werden.

Falsche Alarmnachrichten über Italien. Von Berliner unrichtiger Seite wird mitgeteilt, daß die in den letzten Tagen verbreiteten Alarmnachrichten über Italien, bei denen es sich offensichtlich um Vorkensänder handelt, sich als völlig unbegründet erwiesen haben.

Niederlage des spanischen Diktators aus Marokko. Nach einer Kavassmeldung aus Madrid hat sich General Primo de Rivera nach nahezu fünfmonatlichem Aufenthalt in Marokko Montag Vormittag an Bord des Kreuzers „Catalonia“ nach Spanien eingeschifft. Bei seinem Einschiffen in Algeciras wurden ihm Ovationen dargebracht.

Die Wahlen in Ägypten. Wie aus Kairo gemeldet wird, werden die Wahlmännerwahlen auf 4. Februar verschoben, die endgültigen Wahlen auf 12. März. Die neue Kammer tritt am 23. März zusammen.

2. Engagementsspiel könnten, das auch zeigen müßte, daß die Sängerin mit dem Orchester zu rivalisieren vermag. Von ungleich größerem Format war die Anwesenheit von Anna Baumelster-Jacobs (Darmstadt), die infolge Erkrankung unserer Altistin einspringen mußte. Ihr Gesang ist von so ausdrucksvoller Präzision und kultivierter Linienführung, daß jede ihrer Szenen ungemein fesselt. Hinter der außerordentlichen gesanglichen Leistung blieb leider das Spiel, das sich von den üblichen Theatermanieren nicht frei machen konnte, merklich zurück. Rudolf Walbe bestach als Madames durch den metallisch klaren und doch wieder vollen runden Klang seiner Stimme, die in der letzten Zeit sehr zu ihrem Vorteil an Elastizität gewonnen hat. Auch Dr. G. Bucherpfennig (Kampbis) und Theodor Reuter (Amanasto) ergänzten vortrefflich die Besetzung. So war der hastende Gesamteindruck des Abends größtenteils günstig, ja bisweilen festlich und dementsprechend der Enthusiasmus der das Theater abermals bis auf den letzten Stehplatz füllenden Zuhörer in seinen Beifallsausbrüchen äußerst verschwenderisch. H. Sch.

Gisa Laura v. Wolzogen — in Karlsruhe keine Unbekannte — gab am Dienstag im Saale des Künstlerhauses einen Lautenabend. Schon das Programm zeigte eine persönliche Note. Keine Auswahl bekannter oder unbekannter Autoren oder Komponisten, sondern reine Persönlichkeitswerte. Fast alle Stücke stammten, auf Grund gemachter Studien, zum Teil in- und ausländischen Archiven, aus alten Manuskripten und Nachlässen. Aus allen Teilen Deutschlands brachte die Künstlerin alte Volksweisen zu Gehör, und selbst das Ausland kam zu Wort. In „Arabianer Reigen“, „Trommelreim der Dranier“, gab sie Vorzügliches. Die Parodie über ein Volkslied verlegte die Hörer nach Ungarn, Italien und sogar nach Afrika. Mit ihren unerschöpflichen Sprach- und Dialektkenntnissen wußte die Künstlerin manchen Volksteil in Lied nahe zu bringen und erntete so überreichen Beifall, daß sie sich zu mehreren Dreingaben verleben mußte. Die heiteren Sagen lagen ihr am besten. Durch passendes Reimspiel verstand sie bei jeder Wirkung zu erhöhen. Alles in allem — ein recht schöner und auch heiterer Abend. L.

**Kommunale Rundschau**

Der Karlsruher Bürgerausschuss führte am gestrigen Dienstag die Beratungen über die am Freitag nicht erledigte Tagesordnung zu Ende. Eine ausgiebige Aussprache entspann sich über das Wohnungsbauprogramm für 1925. Sie endete mit der Annahme der stadtträlligen Vorlage, nachdem verschiedene Anträge entweder abgelehnt oder zurückgezogen waren. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, die in Aussicht genommene Gesamtsumme um 400 000 M. zu erhöhen, die Deutsche Volkspartei hatte sich für die Wiedereinführung der freien Wirtschaft ausgesprochen. Ein völksparteilicher Antrag verlangte die Erhöhung der Einzelsummen für Baudarlehen von 5000 auf 7500 M. auch für größere Wohnungen. Von Seiten der Stadt wurde von einer Erhöhung des zu diesem Zweck vorgesehenen Betrages, einer Höherbemessung der einzelnen Darlehen über den Betrag von 5000 M. als Regel abgesehen. Der Oberbürgermeister wies darauf hin, daß die finanzielle Lage der Stadt eine Erhöhung dieser Mittel vorerst nicht erlaube. — Die Vorlage betr. Gewährung eines Darlehens an die Karlsruher Baustoffindustrie G. m. b. H. im Höchstbetrage von 90 000 M. wurde nach längerer Für- und Wider angenommen, ebenso der Antrag, dem Oberbürgermeister als Dienstwohnung das südliche Haus Friedrichsplatz 14, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, mit allen gegen die kommunistischen Stimmen.

Der Bürgerausschuss Billigen beschloß, den Voranschlag Anfang Februar d. J. zur Beratung zu bringen, nachdem vorher der gemischte beschließende Ausschuss einberufen worden sein wird. Zu dem Anlauf des „Paradies“ wurden eingehende Erläuterungen gegeben. Wegen des großen Kostenaufwandes kann das Projekt dieses Hotelbaues nur allmählich und etappenweise durchgeführt werden. Mit dem Antrag auf Einziehung Billigen in die Klasse der Städte im Sinne der Gemeindeordnung waren sämtliche Parteien einverstanden, nachdem Billigen die Einwohnerzahl von 15 000 erreicht hat. Die Vorlage auf Änderung verschiedener Bestimmungen der Stromlieferungsverträge zwischen der Stadtgemeinde und dem Kraftwerk Kaufenburg bzw. der Stadtgemeinde mit dem Westinghouse Schwarzwald A. S. wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Aus der Gemeinde Bühl. Vor kurzem war der Ratsschreiber Michels plötzlich von seinem Posten verschwunden. Wie nun Bürgermeister Dr. Grüniger in der letzten Bürgerausschussung mitteilte, hatte sich in der von Michels geführten Erwerbslosenfürsorgeeinrichtung ein Diebstahl von 2100 M. ergeben. Der Gemeinde sei jedoch kein Schaden entstanden. — Der Bürgerausschuss zog die Vorlage über die Gewährung eines Zuschusses an den Kreis Baden zur Erbauung einer Kreiswinterschule zurück. Jedoch war man allgemein der Auffassung, alles aufzubieten, um die Schule in Bühl zu erhalten.

**Aus der Landeshauptstadt**

Die falschen Rentenbankcheine zu zehn Mark. Die falschen Rentenbankcheine zu zehn Mark, die gegenwärtig ziemlich zahlreich in den Verkehr gebracht sind, tragen in ihrer Reihenfolge die Nummern II 00 778 788, II 07 807 505 und F 04 107 224 und sind an folgenden Merkmalen zu erkennen: Das Wasserzeichen ist durch einen fetten Aufdruck nachgeahmt. Anstelle des Stoffaufbaus ist der rechte Teil der Vorderseite mit einem hellgrün gefärbten Klebemittel überklebt worden, worauf die Fasern eingestreut worden sind. Der Untergrund zeigt ein verschommenes, unklares Bild. Bei der Beschriftung fallen besonders die beiden Koffetten mit der hellen Wortzahl „Zehn“ auf, weil sie dick und verschmiert, bei den echten Stücken dagegen zart und feinsinnig sind. Die Nummern sind unsauber und verschmiert, anscheinend mit Gummitypen aufgedruckt. Die Rückseite zeigt in der Zeichnung und Farbgebung ein von den echten Scheinen stark abweichendes Druckbild. Auffällig ist im Straßfuß der verschiedenartige Stand und die ungleiche Größe der einzelnen Buchstaben. So steht z. B. im Worte „Rentenbankcheine“ das „n“ merklich nach links geneigt, ebenso das mangelhafte gelungene „r“ im Worte „Verkehr“.

Zugverkehr. Vom Monat Februar an werden die Halte der Züge 1263, Karlsruhe ab 6.50 Vorm., 1307, Karlsruhe ab 7.40 Vorm., 1269, Karlsruhe ab 6.50 Nachm. und 1256, Karlsruhe an 7.17 Vorm. beim Haltepunkt Zeppeinstraße an Sonn- und Feiertagen wegen ungenügender Benützung aufgehoben.

Landestheater. Es sei hiermit nochmals besonders auf das heute Mittwoch, den 21. ds., unter Leitung des Generalmusikdirektors Ferdinand Wagner von Nürnberg stattfindenden Sonder-Sinfonie-Konzerts aufmerksam gemacht, das sich durch ein auserlesenes Programm auszeichnet und daher größtem Interesse begegnen dürfte. Beginn 7 1/2 Uhr.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

Dr. Bretten, 21. Jan. Zur Feier der Einweihung der neuen Kraftwagenlinie Bretten-Naubronn waren gestern in zwei der großen neuen Wagen zahlreiche Gäste aus den beteiligten württembergischen Gemeinden nach Bretten gekommen, wo sie von der Stadtgemeinde zu einem gemühtlichen Trunk gebeten wurden. Dabei machte Oberamtmann Rieger-Naubronn interessante Mitteilungen über die auf württembergischer Seite geplante Erweiterung der Linie. Von mehreren Seiten wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das neue Verkehrsmittel eine Hebung des Geschäftsverkehrs mit sich bringe.

Dr. Heilberg, 20. Jan. Die Deutsche Friedensgesellschaft veranstaltete gestern Abend im Harmoniesaal eine Versammlung, wobei es infolge des Verhaltens böhsch gerichteter Studenten zu stürmischen Zwischenfällen und Bräueleien kam, so daß schließlich ein starkes Schutzmannaufgebot zur Aufrechterhaltung der Ruhe aufgegeben werden mußte. Der französische Redner des Abends, Adolphe Demont-Paris und Herr v. Gerlach wurden von großem Lärm unterbrochen. Im Hintergrunde des Saales entstanden handgreifliche Auseinandersetzungen mit Stößen und Stößen. Im allgemeinen entwickelte sich die Diskussion reizungslos, nachdem die Redner entfernt waren.

Dr. Stuttgart, 15. Jan. Dieser Tage konnte man hier in dem Gebäude der Friedrichstraße, in dem die Interall. Militärkontrollkommission untergebracht war, einen Auszug beobachten. Die hiesige Kommission ist aufgegeben worden, wenigstens für Stuttgart und das gesamte Personal ist abgereist. Die Kontrolle als solche besteht natürlich weiter und wird in irgend einer anderen Stadt ausgeübt, wahrscheinlich in Frankfurt oder München. Trotz aller Kontrolle ist es der Kommission nicht gelungen, in Württemberg verbotene Waffen zu finden.

**Handel und Wirtschaft  
Berliner Devisennotierungen**

	21. Jan.		20. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.35	169.77	169.35	169.77
Kopenhagen 100 Kr.	74.71	74.89	74.66	74.84
Italien . . . 100 L.	17.12	17.16	17.32	17.36
London . . . 1 Pfd.	20.03	20.08	20.04	20.09
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.62	22.68	22.67	22.73
Schwiz . . . 100 Fr.	80.88	81.08	80.85	81.05
Wien 100 000 Kr.	5.90	5.92	5.90	5.92
Brag . . . 100 Kr.	12.58	12.62	12.58	12.62

Zuteilung überall 100 Prozent

**Geschäftliches**

Die staatl. Lotterie-Einnahme Zwerg, Hebelstr. 11 und Waldstr. 33 macht im Inverhalteil auf die Erneuerung der Lose zur Haupt- und Schlussklasse aufmerksam. Da der letzte Termin der 30. Januar ist und erhaltungsgemäß der größte Teil der Spieler zur Erneuerung der Lose erst den Gehaltszahltag abwarten muß, werden alle Spieler, die in der Lage sind, schon vorher zu bezahlen, gebeten, möglichst bald ihre Lose zu erneuern.

Gesellschaft für deutsche Geistes- und Lebenserneuerung  
E. V. Karlsruhe  
**Friedrichshof Karlsruhe**  
Donnerstag, 22. Januar, abends 8 Uhr  
**Öffentlicher Vortrag**  
**Heinrich Jürgens**  
über

**YOGA**

**Die höchste Macht des Geistes**  
Erziehung von Seele und Geist zur Erkenntnis hoher Welten  
bedeutet die altindische Geheimlehre zur Entwicklung höchster Geistesmacht.  
zeigt den Weg zur Entwicklung größter geistiger Willenskraft.  
führt auf die höchsten Stufen menschlichen Daseins. D.959  
Eintrittskarten zu Mk. 1.— am Saaleingang  
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.  
Man erscheine rechtzeitig, da der Andrang zu diesen Vorträgen bekanntlich sehr stark.

**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 22. Januar. 7—10 Uhr. Mk. 6.—. C 15. Th.-Gem. 5601-6000.  
**Intermezzo.**

**HERVORRAGEND SIND FORM UND GÜTE DER BAUBUND MÖBEL AM RONDELLPLATZ**  
ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDRICH-STR.  
**EIGENE VERKAUFSSTELLEN:**  
KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 22  
MANNHEIM-SCHLOSS-RECHTER-FLÜGEL  
PFORZHEIM-THEATERSTRASSE 15  
FREIBURG-METZGERAU 6  
OFFENBURG-STEINSTR. 2  
MOSBACH-HAUPTSTR. 12

**GALERIE MOOS**  
Kaiserstraße 187 D.933  
**103. Ausstellung**  
F. Edelmann, W. Huppert  
A. Kutterer, H. Schöpflin  
E. W. Schroeter, C. Vocke  
F. Winkler

**Staatslotterie**  
Vom 6.—28. Februar wird täglich die Haupt- u. Schlussklasse der 24./250. Preuß.-Süddeutschen Klassenlotterie gezogen. Es werden 74 000 Gewinne mit insgesamt über **16 Millionen Reichsmark** ausgelost; darunter befinden sich **1 Gewinn im günstigsten Fall 1 Million R.M.** ferner  
1 Gewinn zu . . . . . 500 000 R.M.  
1 „ „ . . . . . 300 000 „  
1 „ „ . . . . . 200 000 „  
1 „ „ . . . . . 150 000 „  
2 „ „ . . . . . 100 000 „  
3 „ „ . . . . . 75 000 „  
6 „ „ . . . . . 50 000 „  
10 „ „ . . . . . 25 000 „  
30 „ „ . . . . . 10 000 „  
und viele zu 5000, 3000, 2000 usw.  
**Jedes dritte Los gewinnt**  
Ich habe noch eine Anzahl Kauflose zum Preise von 1/3, 1/2, 2/3 Lose abzugeben. Da die meisten Lotterien-Einnahmen ausverkauft sind und meine wenigen Lose rasch vergriffen sein werden, ist schneller Entschluss erforderlich.  
Ein rasches Zugreifen kann Sie in wenigen Wochen zum Wohlstand bringen.  
Meine beiden Geschäfte sind an allen Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends ununterbrochen geöffnet.  
**ZWERG vorm. Götz**  
Bad. Lotterie-Einnahmer Karlsruhe  
Hebelstraße 11 und Waldstraße 33  
Telephon 4828 Postcheckkonto 17808

**Staatslotterie**  
Vom 6.—28. Februar wird täglich die Haupt- u. Schlussklasse der 24./250. Preuß.-Südd. Klassenlotterie gezogen. Es werden 74 000 Gewinne mit insgesamt über **16 Millionen Reichsmark** ausgelost; darunter befinden sich **1 Gewinn im günstigsten Fall 1 Million R.M.** ferner  
1 Gewinn zu . . . . . 500 000 R.M.  
1 „ „ . . . . . 300 000 „  
1 „ „ . . . . . 200 000 „  
1 „ „ . . . . . 150 000 „  
2 „ „ . . . . . 100 000 „  
3 „ „ . . . . . 75 000 „  
6 „ „ . . . . . 50 000 „  
10 „ „ . . . . . 25 000 „  
30 „ „ . . . . . 10 000 „  
und viele zu 5000, 3000, 2000 usw.  
**Jedes dritte Los gewinnt**  
Ich habe noch eine Anzahl Kauflose zum Preise von 1/3, 1/2, 2/3 Lose abzugeben. Da die meisten Lotterien-Einnahmen ausverkauft sind und meine wenigen Lose rasch vergriffen sein werden, ist schneller Entschluss erforderlich.  
Ein rasches Zugreifen kann Sie in wenigen Wochen zum Wohlstand bringen.  
Meine beiden Geschäfte sind an allen Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends ununterbrochen geöffnet.  
**ZWERG vorm. Götz**  
Bad. Lotterie-Einnahmer Karlsruhe  
Hebelstraße 11 und Waldstraße 33  
Telephon 4828 Postcheckkonto 17808

**Bürgerl. Rechtspflege**  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
3.95. Gernsbach. Über das Vermögen des Kaufmanns Karl Greiff in Scheuern wird heute am 19. Januar 1925, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Rechtskonsulent Vender in Gernsbach wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar 1925 bei dem Gerichte anzumelden.  
Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Befriedigung über die Befreiung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 182 der Konkursord-

nung bezeichneten Gegenstände auf  
Montag, 16. Februar 1925, vormittags 10 1/2 Uhr, und zur Befriedigung der angemeldeten Forderungen auf Montag, 9. März 1925, vormittags 10 1/2 Uhr.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Befriedigung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 28. Februar 1925 Anzeige zu machen.  
Gernsbach, 19. Jan. 1925.  
Badisches Amtsgericht.

**Eugen von Steffelin**  
Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261  
**Möbeltransport Lager :: Spedition**

Die  
**Bad. Baustoffbeschaffung**  
G. m. b. H.  
**Karlsruhe i. B.**  
Kaiserstraße 26 Fernruf 5308  
beschafft sämtliche zum Wohnungsbau nötige **Baumaterialien** zu äußerst billigen Preisen D.644

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen.

Nr. 3

Verlag: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 30 Goldpfennig zuzüglich Porto, vom Verlage Karlsruhe I. 2.,  
Karlsruherstraße 14, bezogen werden.

21. Januar 1923

## Wissenschaftliche Fortbildung der höheren Beamten

Im Januarheft der „Deutschen Juristen-Zeitung“ macht Geh. Oberregierungsrat Dr. jur. v. Stempel, Berlin in einem beachtenswerten Aufsatz auf die Kämpfe, Sorgen und Ziele der höheren Beamten aufmerklich. Zunächst der äußeren Situation gedenkend, die bei der politischen Umstellung des Staatswesens und im Aufbruch der höheren Beamten getroffen haben, wendet sich der Verfasser den nach der Staatsumwälzung im Innern stark hervortretenden Abklärungsbestrebungen nach der materiellen und rechtlichen Seite zu, betonend, daß die berufsmäßige, akademische Vorbildung vielfach gering geschätzt worden sei. Sodann wird eindringlich herausgestellt, wie gerade die Beamten in ihrer Allgemeinheit durch die Kriegs- u. Inflationsjahre in besonderem Maße verarmt sei und zu jenen Volksteilen gehöre, deren Privatvermögen und Wohlstand in mündelicheren Zeiten, insbesondere in Staats- und Kriegsanleihen im Wert infolge der beispiellosen Inflationswirtschaft mit dem Motto: „Markt ist Markt“ zu einem Nichts zusammengeschmolzen ist, wodurch sie der Mittel für die unentbehrliche geistige Fortbildung durch Bezug wissenschaftlicher Werke, durch Teilnahme an wissenschaftlichen Kursen, Studienreisen und ähnlichen Veranstaltungen beraubt worden sei. Eine Erschütterung des Berufsbeamtenstandes in seinen Grundfesten habe die Reichspersonalabbauregung vom Oktober 1922 gebracht.

Eine andere Frage von fundamentaler Bedeutung für die höhere Beamtenklasse dürfe aber nicht übersehen werden, nämlich die wissenschaftliche Fortbildung auf theoretischem und praktischem Gebiete. Dazu wird wörtlich ausgeführt:

„Die Wichtigkeit einer sachgemäßen Fortbildung ist seitens der mittleren Beamten frühzeitig erkannt worden, und es muß nicht nur im Interesse dieser Beamtenklassen, sondern auch des Staates durchaus begrüßt werden, daß durch Schaffung der Verwaltungs- (Beamten-) Akademien sowohl in der Reichshauptstadt, wie in einer Anzahl von Provinzhauptstädten vorbildliche Einrichtungen zu diesem Zwecke geschaffen worden sind. Bei richtiger Einschätzung der durch sie vermittelten Fortbildung können sie nur segensreich wirken. In wesentlich bescheidenerem Rahmen halten sich dagegen die für die Fortbildung der höheren Beamten im besonderen bestimmten, eine abgeschlossene akademische Vorbildung voraussetzenden Veranstaltungen gleicher Art, so z. B. die in dankenswertester Weise vom Preussischen Richterverein in Berlin z. B. veranstalteten und sich regen Zuspruchs erfreuenden Kurse über Fragen des Arbeitsrechts. Die umfassenden Veranstaltungen gleicher Art dürften für Preußen wohl die von der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung veranstalteten Kurse sein. Der letzte Kursus hat in der Zeit vom 25. August bis 10. September 1922 in Schluß unter Teilnahme von mehr als 300 Beamten aus allen Teilen Preußens und von Gästen aus anderen deutschen Ländern stattgefunden, und an ihn schloß sich für eine beschränkte Teilnehmerzahl eine 10 tägige Studienreise nach Schweden. Der weitere Ausbau dieser ausgezeichneten Veranstaltungen wird seitens der höheren Beamten mit allen Kräften angestrebt werden müssen. Der höhere Beamte, insbesondere der Richter und Verwaltungsbeamte, darf nicht die akademische Ausbildung als ein Nebenpostulat betrachten, während andere Beamtenklassen fortschreiten, sondern er

muß in dieser Vorbildung lediglich die Grundlage für eine Weiterentwicklung erblicken. Qualitätsarbeit ist in Deutschland nach Überwindung der missernten Folgeerscheinungen der Novemberumwälzung auf allen Gebieten das Lösungswort geworden. Alle Berufsstände sind sich darüber klar, daß Deutschland die ungeheuren Lasten, welche der verlorene Krieg und die Kriegsschuldfrage auf seine Schultern gedrückt haben, nur tragen kann, wenn es auf allen Gebieten höchst qualifizierte Arbeit leistet, und das gilt ebenso von dem öffentlichen Dienst im Reich, Staat und Gemeinde, wie von der Privatwirtschaft. Die Erreichung dieses Zieles ist eine Lebensfrage für Deutschland, auf deren Lösung die führenden Geister auf allen Gebieten in der nächsten Zeit ihr Sinnen und Trachten werden konzentrieren müssen. Auch die höhere Beamtenklasse darf daher nicht auf wohlverordneten Rechten oder Vorbehalten ruhen, sondern sie muß arbeiten, kämpfen und vorwärtsstreiten. Dann und nur dann wird es ihr gelingen, auch in dem neuen Staatswesen die führende Rolle zu bewahren, die ihr als Trägerin und sichtbare Verkörperung des alle Volksschichten einigenden Staatsgedankens zukommt. Auch ihr gilt das ewig wahre Dichtervort: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“

## Beamtenanträge im Reichstag

Aus Anlaß des Zusammentritts des Reichstages sind aus den Reihen der einzelnen Parteien in bezug auf die Beamtenbesoldung u. dergl. eine Anzahl von Anträgen eingebracht worden, von denen hier die wesentlichsten wiedergegeben werden.

Nr. 32.

Reicht. Dauer und Genossen (Bayer. Volkspartei). Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen, die Verordnung vom 23. Oktober 1922 über die achtzehnte Ergänzung des Besoldungsgesetzes, betreffend die Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses an Beamte und Änderung des Ortsklassenverzeichnisses, einem Ausschuss des Reichstages zur Nachprüfung und erforderlichen Berichtigung umgehend vorzulegen.

Nr. 33.

Reicht. Dauer und Genossen (Bayer. Volkspartei). Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstage alsbald den Entwurf einer neuen Beamtenbesoldungsordnung vorzulegen, der in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen eine gerechte und soziale Regelung der Beamtengehälter vorsieht.

Nr. 71.

Schmidt (Stettin und Genossen) (Deutsch-National). Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen, 1. die Personalabbauregung vom 27. Oktober 1922, besonders aber die Artikel 1, 3, 7, 10, 14, 15, 16, 18, 21, zu ändern oder aufzuheben; 2. die Dienststunden in den einzelnen Reichsteilorten nach dem Muster Preußens, soweit dies ohne Personalvermehrung geschehen kann, zu regeln; 3. Bescheidwürfe über das neue Beamtenrecht, die Dienst-

frachtforderung, das Beamtenvertretungsgesetz und das Unfallfürsorgegesetz dem Reichstage unverzüglich vorzulegen. Fortsetzung folgt.

## Vom Hauptbeamtenausschuß beim RPD

Zulagen auf Grund des § 12 des Reichspostfinanzgesetzes. Mit der Frage der Gewährung von Zulagen an die Beamten der Deutschen Reichspost auf Grund des § 12 des Reichspostfinanzgesetzes hat sich bekanntlich der HVA bereits wiederholt beschäftigt. Das Bekanntwerden der Richtlinien für die Gewährung von Leistungszulagen an Beamte der Deutschen Reichspostgesellschaft gab dem HVA Veranlassung, die Frage sofort erneut aufzugreifen und sie in zwei Sitzungen vor Weihnachten, an denen zeitweise auch der Staatssekretär und weitere Vertreter des Reichspostministeriums teilnahmen, eingehend zu erörtern. Die Zeit zwischen den beiden Sitzungen war benutzt worden, um den Organisationen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Es muß als selbstverständlich gelten, daß der Vorgang bei der Reichspost, die Anwendung nicht unerheblicher Geldmittel für die Reichspostbeamten über die allgemeine Besoldung hinaus, auf keinen Fall ohne Rückwirkung auf die Beamten der Deutschen Reichspost bleiben kann. Die Aussprachen im HVA führten zu einer vollkommen einheitlichen Stellungnahme, die den Vertretern des RPD in der letzten Sitzung vor Weihnachten übermittelte wurde. Die Angelegenheit ist noch nicht im Fluß und wird vom HVA weiterverfolgt.

Änderung der Laufbahn der Funkangestellten auf Handelsschiffen und bei Großfunkstellen. Nach einer dem HVA zugegangenen Vorlage des RPD ist beabsichtigt, die bisherige Laufbahn der Funkangestellten auf Handelsschiffen und bei Großfunkstellen grundlegend umzugestalten, da sich die bisherige Regelung weber für die Schiffsgesellschaften usw. noch für die Postverwaltung als zweckmäßig erwiesen hat. Die Vorlage führte zu einer gründlichen Aussprache in einer Sitzung des HVA, wobei weit voneinander abweichende Meinungen sowohl über die bisherige als auch über die neue Regelung zutage traten. Von mehreren Seiten wurden beide Regelungen als unzulässig angesehen und die beste Lösung in der grundsätzlichen Befreiung der Posten durch Berufsbeamte erblickt. Dieser Vorschlag steht allerdings zunächst vor, daß sich genügend geeignete Beamte zur Übernahme solcher Posten bereitfinden bzw. daß sie in ausreichender Zahl vorhanden sind. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung der zu treffenden Entscheidung wurde beschlossen, in eine weitere Prüfung einzutreten sowie mündliche Erörterungen mit dem zuständigen Referenten des RPD herbeizuführen.

Entschädigung auf Kassenausfälle. Nach einer Mitteilung des zuständigen Referenten haben inzwischen Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium für Finanzen und dem Reichspostministerium ergeben, daß eine Erhöhung der Sätze notwendig ist. Zur weiteren Prüfung ist ein besonderer Ausschuss eingesetzt worden. Zwischen dem Referenten und dem HVA wurde eine ständige Frühlingnahme wegen der etwaigen Einwirkung auf die Weiterentwicklung vereinbart. Einer Entscheidung wurde beschloffen, in eine weitere Prüfung einzutreten sowie mündliche Erörterungen mit dem zuständigen Referenten des RPD herbeizuführen. Entschädigung auf Kassenausfälle. Nach einer Mitteilung des zuständigen Referenten haben inzwischen Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium für Finanzen und dem Reichspostministerium ergeben, daß eine Erhöhung der Sätze notwendig ist. Zur weiteren Prüfung ist ein besonderer Ausschuss eingesetzt worden. Zwischen dem Referenten und dem HVA wurde eine ständige Frühlingnahme wegen der etwaigen Einwirkung auf die Weiterentwicklung vereinbart. Einer Entscheidung wurde beschloffen, in eine weitere Prüfung einzutreten sowie mündliche Erörterungen mit dem zuständigen Referenten des RPD herbeizuführen.

## Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

**Spezialhaus in 6A.355**  
Herren- u. Damenkleiderstoffe  
Seidenstoffe Aussteuerartikel  
**Wilh. Braunagel**  
Herrenstr. 7 Herrenstr.  
zwischen Kaiserstraße und Schloßplatz.

Einschränkung laufender Ausgaben  
bietet unsere  
**veredelte Leinen-Dauerwäsche**  
Nur Qualität! Dieselbe widerlegt im  
Aussehen und Tragen jedes Vorurteil!  
Verlangen Sie Prospekt Nr. 10 368  
**W. Läger & Co., Karlsruhe, Waldstr. 33**

**JEDER BEAMTE**  
deckt seinen Bedarf in **Lebensmitteln**,  
sowie **Wasch- und Putzmitteln** am  
vorteilhaftesten bei :: 6A.336  
**S. Rau, Großhandlung, Karlsruhe**  
Bürgerstraße 6 Telephon 1629  
Behörden erhalten Vorzugspreise

Gute  
**Möbel**  
Betten — Polsterwaren  
zu bekannt billigen Preisen  
**E. Karrer & Sohn**  
Laden: Ecke Kaiser- u. Douglasstr., Hauptpost  
Hauptgeschäft: Kriegstr. 200 (gl. Ecke Westendstr.)  
Zahlungserleichterung

**Mehle & Schlegel**  
Kaiserstraße 124b Karlsruhe Kaiserstraße 124b  
Kleiderstoffe = Seidenstoffe = Samt  
Anzugstoffe = Baumwollstoffe  
Geschmackvolle Auswahl (6A.338) Mäßige Preise  
Teilzahlung gerne gestattet

**GESCHENK-HAUS**  
**LEOPOLD**  
**WOHLSCHLEGEL**  
Kaiserstraße 173 370  
Vereinspreise in großer Auswahl  
Luxus- u. Lederwaren, Glas, Porzellan, Haushaltartikel

Färberei u. chem. Waschanstalt  
Telefon **D. Lasch** Telefon  
1953 1953  
reinigt und färbt alle in dieses Fach einschlagende Gegenstände  
Prompte Bedienung Mäßige Preise 6A.340

## Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

**G. BRAUN** KARLSRUHE  
vormals G. Braunsche Hochdruckerei und Verlag  
Karlsruherstraße 14  
Herstellung von Druckerarbeiten  
für staatliche und städtische Behörden

**Uniformen** für Polizei- u. Gemeindebeamte, Feuerwehrkorps,  
Zoll- u. Finanzbeamte, Eisen- u. Straßenbahner,  
Feld- u. Waldhüter, sowie Berufskleidungen jed. Art  
**Albert Hilbert, G. m. b. H., Rastatt**  
Süddeutsche Bekleidungs-Industrie  
Filiale: Ludwigshafen a. Rhein, Bismarckstraße 40.

**GEBRÜDER BACHERT**  
KARLSRUHE I. B.  
Liststr. 5 Tel. 443 6A.334  
Glocken- und Metallgiesserei  
Eisen- und Tempergiesserei